

Kommentare

Verlockend, aber unrealistisch



Der Aufruf der Wohlfahrtsverbände, in die Qualität der Kinderbetreuung zu investieren, ist berechtigt. Schon allein wegen des drohenden Erziehermangels ist es unumgänglich, die Arbeitsbedingungen der Frauen und Männer in den Kitas zu verbessern, damit der Beruf attraktiv bleibt. Das geht mit mehr Vorbereitungszeit für die Bildungsangebote und mehr Personal, um Urlaub und Krankheitstage besser kompensieren zu können. Auch die geforderte Beitragsobergrenze für Eltern klingt verlockend.

Doch so schön sich die Vorschläge anhören, so unrealistisch ist derzeit deren Umsetzung. Die schwarz-rot-grüne Landesregierung kann jeden Kita-Euro nur einmal ausgeben: Entweder hält sie die Gesamtausgaben stabil, investiert in die Qualität oder entlastet die Eltern. Bei jährlichen Gesamtkosten ab 2018 in Höhe von rund 350 Millionen Euro dringt die CDU darauf, noch höhere Ausgaben zu vermeiden. Das begrenzt den Spielraum erheblich. Aber alles auf einmal geht leider nicht. Sachsen-Anhalt

Gefährliche Euphorie



Deutschland fühlt sich wohl. Konsum, Außenhandel und Investitionen fördern den Wirtschaftsboom. Angetrieben von diesen Schrittmachern gedeiht auch in Sachsen-Anhalt der Arbeitsmarkt: Im Oktober sind erstmals seit 1991 weniger als 90 000 Menschen ohne Job gewesen. Die Arbeitslosenquote sank auf 7,8 Prozent. Experten lassen diese Zahlen frohlocken. Doch die Euphorie ist gefährlich.

Zwar ist Sachsen-Anhalt nach der Wende ein erstaunlicher Wandel gelungen. Die Erfolgsgeschichte hat aber Lücken. Im Bundesland hat kein großer Konzern seinen Hauptsitz. Sachsen-Anhalts Beschäftigte arbeiten deswegen oft in Standorten oder Filialen. Zugleich gelang nur wenigen Mittelständlern, auf internationalen Märkten in der ersten Liga mitzuspielen. So bleiben Zweifel: Was, wenn die Konjunktur abflacht und Konzern Stellen streichen? Dass Beschäftigte in Sachsen-Anhalt dann schnell dem Rotstift zum Opfer fallen können, hat die Vergangenheit leider immer wieder bewiesen. Wirtschaft

Stimme der anderen

Putin-Reise wegen US-Politik

„Nesawissimaja Gaseta“ (Moskau) zum Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Islamischen Republik Iran: Der Besuch von Präsident Wladimir Putin in Teheran war ein Zeichen einer guten Entwicklung in den Beziehungen zwischen Russland und dem Iran. Putins Reise fand vor dem Hintergrund des wachsenden amerikanischen Drucks auf die Islamische Republik statt. Zwischen Moskau und Teheran schrumpft die Distanz. Die Iran-Politik von US-Präsident Donald Trump hat Putins Besuch bemerkenswert gemacht.



Karikatur: Martin Erl

Kommentar

Gemeinplätze sind zu wenig



Das Thema Landwirtschaft ist exemplarisch für die bisherigen Jamaika-Sondierungen. Es wird butterweiches Papier verfasst, in denen von „vielfältiger“ Agrarstruktur sowie Flora und Fauna gesprochen wird und den Schutz von Klima, Boden und Gewässern. Alles prima, nur gänzlich unverbindlich. Aber selbst über die Gemeinplätze lässt sich nach den Gesprächen trefflich streiten. Als Grünen-Verhandler Robert Habeck schon die Agrarwende prophezeite, erntet er scharfen Widerspruch von CSU und FDP. Bei Klimaschutz und Flüchtlingspolitik hatte es zuvor ähnlich gekracht.

Es ist weiter damit zu rechnen, dass Deutschland im Verlauf der nächsten Wochen zu einer neuen Bundesregierung kommt. Ob das aber zwingend in der Jamaika-Koalition passieren wird, sei dahingestellt. Hier prallen Standpunkte aufeinander, die nicht in einem Programm vereinbar sind. Die Parteien müssten sich bis zur Unkenntlichkeit verbiegen, um miteinander am Kabinetts-tisch zu landen. Politik

Zur Person



Saakaschwili bleibt staatenlos

Der georgische Ex-Präsident Michael Saakaschwili hat eine Verwaltungsklage gegen die Verweigerung des Flüchtlingsstatus durch die Ukraine eingereicht. „Die Entscheidung des Migrationsdienstes ist unbegründet und rechtswidrig“, teilte der 49-Jährige am Donnerstag bei Facebook zur Begründung mit. Sein Recht auf Schutz vor einer Auslieferung an Georgien sei damit verletzt worden. Am Vortag war ein Antrag des Staatenlosen zur Anerkennung als Flüchtling zum zweiten Mal abgelehnt worden. Ihm würden in seinem Herkunftsland Georgien weder politische Verfolgung noch Folter oder die Todesstrafe drohen, hieß es in einem am Mittwoch vom regierungsnahen Sender Espresso TV veröffentlichten Schreiben der Behörde.

Präsident Petro Poroschenko hatte Saakaschwili im Juli die ukrainische Staatsangehörigkeit entzogen. Der Ex-Gouverneur des Gebiets Odessa war daraufhin Anfang September in einer spektakulären Aktion in die Ukraine zurückgekehrt. Georgien hatte ihm bereits nach dem Erhalt des ukrainischen Passes die Staatsbürgerschaft entzogen. Tiflis hat seine Auslieferung wegen Vorwürfen von Korruption und Amtsmissbrauch beantragt. (dpa)

Worte

„Es ist absurd, dass in Bonn über Klimaschutz verhandelt wird, während in Berlin der Kohleausstieg blockiert wird.“

Die Sprecherin des Bündnisses „Ende Gelände“, Dorothee Häußermann, das den Ausstieg aus der Kohle und anderen fossilen Energien fordert.

Lenins langer Schatten

Nach 100 Jahren Oktober-Revolution liegt der Gründer der Sowjetunion immer noch im Mausoleum

Als die Bolschewiki vor 100 Jahren die Macht ergriffen, stürzte Russland zunächst in einen Bürgerkrieg, in dem die Roten unter Lenins Führung siegten. 1922 gründete Lenin die Sowjetunion. Seit seinem Tod liegt er einbalsamiert im Mausoleum in Moskau – und bringt Russland zum Jahrestag in einen Zwiespalt.

Die Augen sind geschlossen, die Hände sorgsam auf die Oberschenkel postiert, links flach, rechts mit eingerollten Fingern. Unter dem Spitzbärtchen ist eine blaue Krawatte mit weißen Punkten angelegt. Ein schwarzer Anzug kleidet Wladimir Iljitsch Lenin staatsmännisch. Hier auf dem Roten Platz in Moskau, im Mausoleum aus schwarzem Labradorstein und rotem Porphyrt, liegt der einstige Revolutionsführer seit Jahrzehnten. Die Touristen stehen gern Schlange. Besuchszeit ist an fünf Tagen die Woche, jeweils drei Stunden. Dieser einbalsamierte Leichnam ist wohl eines der stärksten Symbole, das aus der Sowjetunion ins gegenwärtige Russland hinüberträgt. In diesen Tagen vor 100 Jahren hat Lenin die Macht ergriffen.

Gespaltene Meinung

Die Bolschewiki nahmen den Winterpalast im damaligen Petrograd, dem heutigen St. Petersburg, ein und ein ganzes Reich geriet in Lenins Hände – wobei es dafür gar keiner Erstürmung mehr bedurfte, auch wenn stilisierte Bilder über jene Tage das bis heute glauben machen wollen. Die Roten, sie fielen sodann in einen blutigen Bürgerkrieg mit den Weißen, Gegnern und Anhängern eines zaristischen Russlands. Wie es ausging, ist bekannt.

70 Jahre Sowjetzeit sind in Russland noch spürbar und Versatzstücke alter Zeiten prägen das Heute. Doch die Lebenswirklichkeit hat mit der einstigen Sowjetunion nicht viel zu tun. Wer versteht, wie weit Russland vom Sozialismus entfernt ist, dem muss das Mausoleum wie ein Anachronismus vorkommen. Manche Politgrößen sahen es



Der Eingang zum Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau. Drinnen gilt striktes Fotografierverbot. Foto: Mandy Ganske-Zapf



Der einbalsamierte Leichnam Lenins im Mausoleum, aufgenommen am 21. November 1991. Fotos (2): dpa



Präsident Boris Jelzin (M.) auf dem Lenin-Mausoleum am 9. Mai 1995 bei der Veteranen-Parade zum 50. Jahrestag des Kriegsendes.



Mandy Ganske-Zapf berichtet aus Moskau

lieber gestern als morgen abgeschafft. Die gesellschaftliche Meinung jedoch ist gespalten. Begrabt ihn doch endlich, damit er seine Ruhe findet, sagen die einen. Die anderen wehren vehement ab. Der Moskauer Historiker Nikita Sokolow sagt: „An diesem Punkt stehen wir seit vielen Jahren unverändert.“

Viel ist ja nicht übrig von Lenin. Er ist hohl. Aufwändig ausgeklügelte biochemische Verfahren erhalten die Hülle. Eine Hülle, die am ehesten noch Projektionsfläche für verlorene Sehnsüchte sein kann.

Das Verhältnis der Russen zu Lenin ist heute ungeklärt denn je. „Im öffentlichen Bewusstsein ist er aus dem Blickfeld geraten“, sagt Historiker Sokolow. „Lenin passt nicht ins heutige ideologische Schema, das die Staatsmacht aufbaut.“ Wo der wichtigste Bezugspunkt im Zuge der letzten zehn Jahre der Sieg über Hitlerdeutschland und das Jahr 1945 geworden sei. Lenin fällt fast hinten runter, zumal er das Symbol einer Revolution ist. „Eine Tragödie, die den großen Staat zerstört hat“, erklärt Sokolow. Das sei die Sichtweise, die von Staats wegen dominiere und von dieser Warte aus sei jede Revolution schlecht.

Einzig die Kommunisten halten fest zu Lenin. Sie sitzen in der Duma, in Regionalparlamenten sowie Bürgermeister-

ämtern und vertreten für viele Menschen wichtige Positionen sozialer Gerechtigkeit. Während es keine offiziellen Feierlichkeiten geben wird, plant die Kommunistische Partei auf eigene Faust eine Festwoche rund um den Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November.

Denkmal in jeder Stadt

Landesweit hat Lenin im heutigen Russland eine erstaunliche Präsenz. Alte Denkmale stehen in jeder Stadt. Einer Frühjahrs-Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungszentrums Lewada zufolge sieht es eine überwiegende Mehrheit lieber, die Lenin-Statuen an Ort und Stelle zu belassen. Lenin, zwei Jahre nach Gründung der Sowjetunion verstorben, behält ei-

nen Nimbus: Zwar gibt es Neostalinisten in Russland genug, und Stalin erfuhr zuletzt eine Aufwertung im Geschichtsbewusstsein des Landes. Doch angesichts der Opfer von Deportation, Gulag-System und Repression, derer seit Montag im Zentrum von Moskau auch mit einem zentralen Monument gedacht wird, verbinden viele Russen mit Lenin die leise Frage, ob das gigantische Gesellschaftsexperiment Sowjetunion mit ihm vielleicht besser ausgegangen wäre.

Womöglich ist das Mausoleum auch deshalb bislang unangreifbar. Die Kommunisten wollen dort rund um den Jahrestag Blumen ablegen. An dieser ewigen Ruhestätte, wo Lenin doch keine Ruhe findet. Sein Schatten fällt auf die russische Gegenwart.